



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/36 - 12. Februar 1957

Einweise
auf den Inhalt:

Zur Bulganin-Botschaft	S. 1
Vor der Tagung des Nordischen Rates	S. 3
Professor Ludwig Preller 60 Jahre	S. 5
Die Drehung Linus Kathers	S. 6

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891-23

Fernschreiber 0886890

Zur Bulganin-Botschaft

sp Die Bulganin-Botschaft an Dr. Adenauer ist bei genauer und sachlicher Überprüfung ihres Inhalts als der seit langem erwartete Versuch der Sowjetregierung zu werten, Bonn auf ernsthaftige Gespräche über die Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion festzulegen. Bei aller Reserve gegenüber dem gleichzeitig politischen und konzilianten Ton der Botschaft muss man feststellen, dass die Sowjets den Bundeskanzler an die nicht eingehaltenen Zusagen erinnern, die er 1955 bei seinem Besuch in Moskau gegeben hat. Adenauer hatte in Moskau sinngemäss erklärt, auch er sei der Meinung, dass die Beziehungen zwischen den Völkern durch die Abhaltung von Verhandlungen über Wirtschaftsabkommen verbessert werden können. Sicher dachte Bulganin daran, als er in seiner Botschaft an Adenauer schrieb, "es ist keine Übertreibung, zu sagen, dass es grosse Möglichkeiten für eine umfangreiche Entwicklung allseitiger wirtschaftlicher Verbindungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zum gegenseitigen Vorteil beider Seiten gibt." Interessant ist auch Bulganins Bemerkung über den politischen Nutzen des Ausbaus von Handelsbeziehungen. Er nennt die Entfaltung von Handelsbeziehungen "eine zuverlässige Grundlage für eine Verbesserung auch der politischen Beziehungen zwischen den Staaten."

Das offizielle Bonn wird sich nur fragen müssen, ob es notwendig war, über ein Jahr mit der Erklärung eines von Adenauer in Moskau gegebenen Versprechens zu warten und sich jetzt - zwar freundlich aber bestimmt - von Bulganin vorwerfen zu lassen, man habe in Bonn nichts

12. Februar 1957

zur Realisierung der von Adenauer gegebenen Zusagen unternommen. Der sowjetische Wunsch nach einem Handelsvertrag ist seit langem bekannt. Es ist daher unverständlich, dass trotz Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau die Bundesregierung nicht bereit gewesen ist, einen Handelsvertrag abzuschliessen, der ohne Zweifel einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West leisten könnte.

Der erneute Versuch Bulgariens, eine Annäherung von Bonn und Pankow als Voraussetzung für die Lösung des Deutschlandproblems naheulegen, lässt vermuten, dass Moskau den Mangel demokratischer Legitimation des Pankow-Regimes auch weiterhin ignorieren will. Solange die frühere Besatzungsmacht keine Einigung über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland erzielt haben, dem eine gesamtdeutsche Regierung zuzustimmen in der Lage wäre, ist Bulgariens Vorschlag undiskutabel. Nach sozialdemokratischer Auffassung kann es für Deutschland nur eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit geben, wenn sichergestellt ist, dass das aus freien Wählen hervorgegangene gesamtdeutsche Parlament in völliger Freiheit die Leitung aller mit der für Gesamtdeutschland dann verbindlichen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zusammenhängenden Aufgaben übernehmen kann.

Die Bulganin-Botschaft weist die Bundesregierung und - in übertragenen Sinne - die Bevölkerung der Bundesrepublik darauf hin, dass die Sowjetunion aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO für untragbar hält. Die Sozialdemokratie hat das sowjetische Sicherheitsbedürfnis in Rechnung gestellt und unter Wahrung der Sicherheit des deutschen Volkes als erste Partei den Vorschlag unterbreitet, an Stelle der Politik der Militrblocke ein System der kollektiven Sicherheit für Europa zu schaffen, in dem das wiedervereinigte Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten einen Beitrag zu seiner eigenen und zur Sicherheit der anderen Teilnehmer leistet. Solange die Regierung der Bundesrepublik einer Diskussion über diesen Vorschlag zur Überwindung der in die Besatzungszeit geratene Wiedervereinigungspolitik ausweicht, wird sie in allen Fragen der Wiedervereinigung und der Sicherheit unseres Volkes auf der Stelle treten müssen. Sie wird somit rechnen müssen, dass die grosse Hoffnung des deutschen Volkes auf seine Wiedervereinigung unerfüllt bleibt.

Ton und Inhalt der Bulganin-Botschaft lassen keinen Zweifel darüber, dass die Regierung der Sowjetunion zwar bereit ist, "in voller Übereinstimmung mit den gemeinsamen Beschlüssen, die während der Moskauer Verhandlungen 1955 erzielt worden sind" die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau enger zu gestalten, sich aber weigert, die Wiedervereinigungsfrage anzuzuhlen, solange die Regierung der Bundesrepublik verbleiben die Politik der Militrblocke für das A und O ihrer Existenz hält.

*

*

*

Vertiefte Zusammenarbeit

mu, Kiel

Ende Februar wird der Nordische Rat der Schweden, Dänen, Finnen Norweger und Isländer in Helsingfors zu einer Arbeitstagung zusammen-treten. Bei dieser Arbeitstagung wird es sicher keine grossartigen Debatten geben, wie wir sie vom Europarat und den anderen europäischen Organisationen kennen. Die Tagung sieht nur eine Reihe von Reformvor-schlägen vor. Hinter jeden Reformvorschlag aber, mit dem man sich in Helsingfors befassen will, verbirgt sich sozusagen ein Stück gewachse-ne Realität im Zusammenleben der nordischen Völker und letztlich auch im Interesse eines jeden Bürgers oben im Norden Europas.

Der neue Vorsitzende der Vollversammlung soll künftig den Titel Präsident erhalten, um der Konstruktion des Nordischen Rates auch nach aussen hin mehr Gewicht und Gesicht zu verleihen. Der bis dahin noch im Amt befindliche Vorsitzende des Nordischen Rates, der frühere dä-nische Ministerpräsident Erik Erikson, wird somit der letzte skandi-navische Staatsmann sein, der den Titel "Vorsitzender" besass. Die bisher alljährlich stattfindenden Plenartagungen der durch die nor-dischen nationalen Parlamente gewählten Abgeordneten und Staatsmänner der skandinavischen Staaten hiessen bisher "Sammlungen". Künftig werden sie die gewichtigere Bezeichnung Sessionen erhalten.

Im Nordischen Rat wird es künftig auch keinen Unterschied mehr geben zwischen jenen Mitgliedern, die als Parlamentarier der fünf Mitgliedstaaten dorthin entsandt wurden oder der Regierungsvertretern der Kabinette. Sie alle werden "Mitglieder" sein und sich nicht mehr in gewählte und ernannte Mitglieder unterscheiden. Allerdings werden die Regierungsvertreter auch fernerhin kein Stimmrecht im Rat besitzen, was übrigens ein Kennzeichen dafür ist, dass im skandinavischen Raum die Parlamente das Gewicht beim Zusammenwachsen besitzen und dass dies nicht als "Hobby" einiger Staatsmänner betrieben wird. Das kommt auch nach aussen zum Ausdruck, indem der Präsident und der Vizepräsident der Sessionen Abgeordnete sein müssen.

Wohl am wichtigsten an der vorgesehenen Konstruktionsänderung des Nordischen Rates ist die Unterscheidung zwischen den Ausschüssen, die eine Aufgabe während einer Session behandeln und den Komitees, die auch in der Zwischenzeit einen festen Auftrag durchführen, nämlich die

Jahrelange Bearbeitung eines konkreten Themas. Die Komitees sind sozusagen "eine Spezialregierung, die überstaatliche Aufgaben zu lösen hat". Das 1951 gegründete parlamentarische Komitee wurde mit der besonderen Aufgabe betraut, die Verbindungen für den Skandinavier, gleich welcher Nation, zwischen den nordischen Ländern zu erleichtern. Das hat zur Abschaffung des Passzwanges zwischen den fünf Ländern des Nordischen Rates geführt. Ausserdem ist aufgrund der Arbeiten dieses Komitees ein gesamt-nordischer Arbeitsmarkt geschaffen worden. Er verhilft beispielsweise den süddänischen Waldarbeiter durch sein örtliches Arbeitsamt dazu, ohne irgendwelche Formalitäten einen Arbeitsplatz in den nordschwedischen Wäldern zu erhalten. In aller Stille hat dieses Komitee auch Normen für die gesamt-nordischen Post- und Telegrafengebühren geschaffen.

Nachdem dieses Komitee es ausserdem erreicht hat, dass auch Reisende, die den fünf skandinavischen Staaten nicht angehören, sich in ganz Skandinavien ohne Passzwang frei bewegen können, wird es voraussichtlich nunmehr in Helsingfors als neues Komitee mit noch grösserem Gewicht eine neue Aufgabe erhalten. Die Dänen wünschen nunmehr eine weitgehende Zusammenfassung des gesamten Verkehrs innerhalb der fünf skandinavischen Staaten. Das läuft neben einer Fahrplankoordinierung, vor allen auch auf einheitliche Fracht- und Fahrpreisgestaltung und die gemeinsame Finanzierung von Brücken, Tunnels und Fähren besonders zwischen Dänemark und Schweden hinaus.

Voraussichtlich wird in Helsingfors von der Session auch ein Komitee eingesetzt werden, das die studienmässige Einheit für Skandinavien vorzubereiten hat. Den Studenten der höheren Lehranstalten und Universitäten sollen in jedem anderen skandinavischen Land künftig die gleichen Studienbeihilfen und Stipendien gegeben werden, wie er sie an seiner Heimatuniversität auch bekäme.

Ausserdem wird ein weiteres Komitee wahrscheinlich in Helsingfors den Auftrag erhalten, einen skandinavischen Forschungspool für die friedliche Anwendung der Atomwissenschaften zu organisieren, nachdem hier bereits eine Empfehlung eines Ausschusses des Nordischen Rates vorliegt. Die Dänen haben bereits wissen lassen, dass sie das weltberühmte Kopenhagener Atomforschungszentrum unter dem Nobelpreisträger Professor Bohr auf eigene Kosten für ihre nordischen Nachbarn erheblich erweitern wollen. Das Komitee hätte dann noch die Aufgabe, die laufenden Unterhaltungskosten auf Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Island aufzuteilen und die wissenschaftlichen Aufträge zu koordinieren.

12. 2. 1957

Professor Ludwig Preller 60 Jahre

sp. Professor Dr. Ludwig Preller, sozialdemokratisches Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, wurde am 16. 2. 1897 in Burgstädt bei Chemnitz geboren. Nach längerer Arbeit als Bergmann unter Tage und dem nationalökonomischen Studium war er der erste Volkswirt in Deutschland, der zum Dienst als Gewerbeaufsichtsbeamter zugelassen wurde. Nacheinander war Preller in sächsischen Gewerbeaufsichtsämtern, als Referent im Reichsarbeitsministerium und später im Sächsischen Arbeitsministerium tätig. Schon in früheren Jahren trat er, noch während seines Studiums, im Jahre 1920 der SPD bei. 1922 wurde er als Bergarbeiter Mitglied der Freien Gewerkschaften. Bei seiner Tätigkeit in Berlin kam er dann in engen Kontakt mit Theodor Leipart und dessen Mitarbeitern im allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und auf diesem Wege über den Arbeitsschutz zur Sozialpolitik. In dieser Zeit hat er an zahlreichen fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen mitgearbeitet.

Wie so viele Sozialdemokraten musste er im Frühjahr 1933 aus dem Staatsdienst ausscheiden. Nachdem er einige Jahre anonym an einer sozialpolitischen Zeitschrift mitgearbeitet hatte, wurde er dann Angestellter in einer Textilfirma. Er nutzte diese Zeit, um Material für eine umfassende sozialpolitische Darstellung, über die Zeit von 1818 ab, zusammenzutragen. Leider wurde das Resultat dieser Arbeiten durch die Kriegswirren vernichtet. Was gerettet werden konnte, fand seinen Niederschlag in dem staatlichen Band über die Sozialpolitik der Weimarer Zeit.

1946 wurde Ludwig Preller der Leiter der Abteilung Sozial- und Kulturpolitik im Süddeutschen Länderrat. Im Jahre 1948 sehen wir ihn als Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in der sozialdemokratischen Regierung in Schleswig-Holstein. Im Jahre 1950 übernahm er den sozialwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a.M. Bei einer Nachwahl in Kassel wurde er 1951 in den Bundestag gewählt.

Im Jahre 1950 wurde Ludwig Preller zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD berufen. Unter seiner Leitung wurden in diesem Ausschuss in den dann folgenden Jahren

12. 2. 1957

Die Grundlagen des sozialden Gesamtplanes erarbeitet, dessen Grundzüge in das Aktionsprogramm der SPD übernommen wurden. Die Forderung nach einer umfassenden Sozialreform im Sinne einer sozialen Neuordnung hat von hier aus ihren Eingang in das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit gefunden. Die Bemühungen der politischen Gegner der SPD liefen darauf hinaus, die sozialdemokratischen Vorschläge zu übernehmen, ohne jedoch auf ihre Herkunft hinzuweisen. Sie haben aber nicht verhindern können, dass diese Vorschläge die Diskussion maßgeblich beeinflussten. Wir nennen an dieser Stelle nur den "Rechtsanspruch" und den Gedanken der "Vorbeugung". Frellers Betonung des Vorsorgegedankens, vor allem auf gesundheitlichem Gebiet, führte letztlich zur Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen. Immer wieder hat Ludwig Freller die Auffassung vertreten, dass die Sozialreform, wie überhaupt die sozialistische Sozialpolitik, ein Teil der Gesellschaftspolitik ist, die auf dem Sektor Arbeitsleben dem einzelnen die Grundchance gibt, sein Leben in eigener Verantwortung, in Gesundheit und Leistungsfähigkeit als Persönlichkeit in der Gesellschaft zu gestalten.

+ - +

Oder-Neisse-Grenze - ist kein Wahlkampfthema

sp. Wohin steuert Linus Kather, MdB und Vorsitzender des Gesamtverbandes vertriebener Deutschen (BvD)? Dieser sehr umstrittene Mann sucht eine neue politische Plattform, um sich auch in den nächsten Bundestag hinüberzuretten. Von ihm fiel ein gefährliches Wort, das nicht unwidersprochen im politischen Raum stehen darf. Er prägte, im Zusammenhang mit der Erklärung berufener Vertriebener-Sprecher, die Oder-Neisse-Grenze aus der gegenwärtigen und noch in den ersten Anfängen sich befindenden deutsch-polnischen Gespräch auszuschalten, den Begriff des "Verzichtspolitikers" und "Kompromisslers". Dies Wort hat einen bösen Klang, es erinnert an die berüchtigte Dolchstoßlegende nach dem 1. Weltkrieg, und so, wie es damals die innere Einheit der Deutschen zerstörte und die Bahn freigab für die anti-demokratischen und nationalistischen Kräfte, könnten von ihm auch heute in unserer so gefährdeten Lage ähnliche verheerende Wirkungen ausgehen.

Wer jetzt in dieser in Fluss befindlichen Entwicklung das - 7 -

heisse Eisen der Oder-Neisse-Grenze umfasst, ihre Regelung zur Voraussetzung der Verständigung mit dem polnischen Nachbarvolk erheben will, hält das Tor zur Wiedervereinigung geschlossen. Wenn die Wiedervereinigung nur auf dem Wege der Verständigung möglich ist, so ist auch das Recht auf Heimat nur auf dem Wege der Verständigung und des Erwerbs von Vertrauen denkbar. Die schlechtesten Ratgeber sind die, die uns glauben machen wollen, wir hätten etwas zu gewinnen, wenn andere untereinander sich heftig befeinden.

Linus Kathers Drohung, das Oder-Neisse-Problem zum Wahlkampf-Thema Nr. 1 zu machen, die Parteien nach "Verzichtlern und Kompromisslern" zu klassifizieren oder vielmehr zu diffamieren, entspricht einer Geisteshaltung, die uns in der Vergangenheit in die größte Katastrophe unseres Volkes hineingeführt hat. Keine deutsche demokratische Partei denkt daran - und das müsste auch der Vorsitzende des BvD wissen - die Oder-Neisse-Linie anzuerkennen oder sie als Ausgangspunkt für die notwendigen deutsch-polnischen Bemühungen um ein besseres Verständnis beider Völker zu nehmen. Zunächst gilt es ja, dass wir selbst um die Grundlagen und Voraussetzungen für eine aktive deutsche Politik der Wiedervereinigung kämpfen müssen. Entscheidend für die Bundesrepublik und die deutsche Politik ist doch, eine Politik zu betreiben, die es ihr erlaubt, überall anwesend zu sein, wo es möglich ist, Verständigung vorzubereiten. Alles andere sind leere und nutzlose Beteuerungen, die zu nichts führen und uns von den eigentlichen Aufgaben ablenken.

Herrn Linus Kathers Weg und seine Rezepte gehen an der Wirklichkeit des zweiten Nachkriegsjahrzehnts vorbei, sie mögen wohl seinen persönlichen Ehrgeiz befriedigen, aber sie schaffen eine Atmosphäre, die für den inneren Zusammenhalt unseres Volkes verderblich ist. Die Erörterung der Oder-Neisse-Frage verträgt nicht das Klima des Demagogischen; dafür steht zu viel ihr die innere Befriedigung unseres Volkes und für den Erwerb des Vertrauens bei all unseren Nachbarvölkern auf dem Spiel. Das zu wissen, ist weder "Verzicht" noch "Kompromiss".

* * *